Voss, Willy

Die städtische
kleinsiedlung als mittel...

Rostock

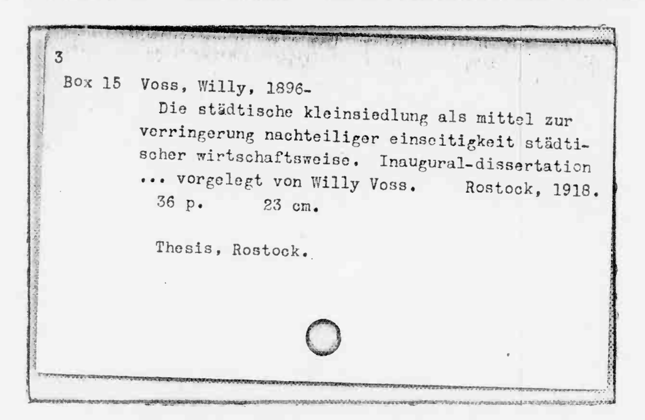
1918

97-84180-8
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD



3

Box 15 Voss, Willy, 1896-
Die städtische kleinsiedlung als mittel zur verringerung nachteiliger einseitigkeit städtischer wirtschaftsweise. Inaugural-dissertation ... vorgelegt von Willy Voss. Rostock, 1918.
36 p. 23 cm.

Thesis, Rostock.

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 9-5-97 INITIALS: AP

TRACKING # : 27525

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Die städtische Kleinsiedlung

als Mittel zur Verringerung nachteiliger Einseitigkeit städtischer Wirtschaftsweise

---

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktor philosophiae

der hohen philosophischen Fakultät
der Universität Rostock

vorgelegt von

Willy Voss

Rostock
1918

Referent: Geh. Rat Prof. Dr. **R. Ehrenberg.**

Diese Untersuchung erscheint gleichzeitig im „Archiv für exakte Wirtschaftsforschung" (Thünen-Archiv), herausgegeben von Prof. Dr. R. Ehrenberg, Bd. IX, Heft 2/3.

Meinen lieben Eltern!

Einleitung. Die Volkswirtschaft bildet eine organische Gemeinschaft, die wie jeder andere Organismus nur durch ihre Organe leben kann. Diese müssen also lebensfähig sein, und da jedes Organ seine besondere zum Wohl des Ganzen lebensnotwendige Aufgabe hat, so wirkt das Gedeihen oder Nichtgedeihen jedes Organs auch auf die übrigen.

So ist das Verhältnis zwischen Stadt und Land, Organgruppen, die auf ihrer örtlichen Lagerung beruhen und sich durch Differenzierung gebildet haben. Die geschlossene Hauswirtschaft der Urzeit war noch ein sehr unentwickelter Organismus. Erst durch die Städtebildung ist er ein differenzierter geworden.

Wie hat doch die Städtebildung die Volkswirtschaft umgestaltet! Vorher die geschlossene Hauswirtschaft mit ihrer geringen Produktion für den eigenen Verbrauch. Es wurde überhaupt verhältnismäßig wenig produziert, und auch dies Wenige trug nur den einfachsten Bedürfnissen Rechnung. Dies änderte sich mit dem Aufkommen der Tauschwirtschaft in den Städten. Die Bedürfnisse vermehrten und verfeinerten sich, stellten also an die Produktion weit größere Anforderungen. Um diesen gerecht zu werden, mußte auch sie sich differenzieren. Jeder Produktionszweig verlangte stärkere Anspannung und Konzentration der Kräfte. Die gesamten produktiven Kräfte teilten sich, wurden in verschiedene Bahnen gelenkt, von denen jede ihre Eigenart, jede ihre besonderen Aufgaben hatte.

Die Aufgaben sind zunächst rein wirtschaftlicher Natur. Auf dem Lande ist die Erzeugung der Rohstoffe, die Urproduktion, zurück-

geblieben, während Verarbeitung und Versand durch Gewerbe und Handel sich zunächst in der Stadt entwickelten; erst später, in der Zeit der Hausindustrie, vollzog sich die Entwicklung wieder mehr auf dem Lande.

Die Verschiedenheiten in der geistigen Verfassung von Landleuten und Städtern schildert W. H. Riehl in seinem Werke „Die bürgerliche Gesellschaft“.

Er spricht dort von den beiden Mächten, die das Geistesleben eines Volkes beherrschen, von den Mächten des Beharrens, den „Bauern“, und von den Mächten der Bewegung, den „Bürgern“. Er schildert den Bauer, wie er bei uns noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts war: beharrlich, konservativ in seinem Denken und Empfinden; sein ganzes geistiges Leben ist nach den Normen der Tradition und der Sitte gerichtet. Wie es früher geschah, so muß es auch noch heute geschehen. Der Bauer wirkt wie ein Hemmschuh des Fortschritts. Alle Neuerungen müssen erst an ihm ihre Kraft messen, werden durch ihn geläutert. Der konservative Charakter des Bauern zeigt sich auch in seiner Bodenständigkeit. Fest hängt er an seinem von den Vätern ererbten Besitz, gern trägt er mit seiner Heimat Freud und Leid. So ist der Landbewohner auch mit dem Staate weit mehr verwachsen als der Städter.

Ein anderer Grundzug, der nach Riehl das Geistesleben des Bauern beherrscht, ist sein Partikularismus. Isoliert in wirtschaftlicher wie in geistiger Hinsicht, getrennt von den Brennpunkten der geistigen Entwicklung, neigt er zur Kirchturmpolitik. Seine Interessen reichen meist nicht über die Grenzen seines Besitzes hinaus, Rücksicht auf andere kennt er gewöhnlich nur, wenn seine Sphäre davon berührt wird. So ist der Bauer der geborene Partikularist und Egoist: nur das Besondere, Handgreifliche, das ihm Nächstliegende macht auf ihn Eindruck. Dadurch erhält der Bauer dem Volksleben einen naturgemäßen Egoismus, der als Hemmschuh dient gegenüber zuweit gehendem Idealismus. Wenn jede Familie zunächst für sich selbst sorgt, wird da nicht für alle am besten gesorgt? Der Bauer ist auch der stärkste Vertreter des nationalen Egoismus.

Ganz anders der Städter. Hier finden wir als beherrschenden Grundzug ein dauerndes Streben nach Veränderung, nach Fortschritt. Festhalten an der Tradition gilt als Rückständigkeit. Sahen wir in dem Bauern die Verkörperung des Partikularismus, so finden wir bei dem Bürger alle Voraussetzungen des Kosmopolitismus. Wirtschaftlich und geistig ist sein Gesichtskreis weniger beschränkt. Je umfangreicher, desto vorteilhafter für ihn. Die Nation bietet ihm bald nicht mehr genug Möglichkeiten, seine Kräfte auszunutzen. Mit Handel und Wandel der ganzen Welt in Verbindung zu stehen, das ist sein Ziel. So steht er mitten im großen Getriebe des allgemeinen Weltgeschens wo es heißt: nicht rasten, nicht rosten. Die Kehrseite ist Mangel an Bodenständigkeit; ohne schwere Bedenken gibt der Städter seine Heimat auf, wenn ihm anderwo ein besseres Schicksal winkt.

Hier wie dort Licht- und Schattenseiten. Die vorwärtstreibende Kraft der Entwicklung geht vom Bürgerstand aus. Er beschwört aber gar zu leicht die Gefahr des Überstürzens herauf, wenn nicht der Bauer der Entwicklung hemmend in die Speichen greift. Das städtische Geistesleben ist ein Meeresspiegel, der nie zur Ruhe kommt. Daß dies sehr schädliche Folgen haben kann, für die körperlichen und geistigen Kräfte eines Volkes, lehrt die Erfahrung.

So zerlegt Riehl die Mächte des Beharrens und der Bewegung. Mit dem scharfen Blick des historisch gerichteten Volkspsychologen charakterisiert er Bauer und Bürger in ihrem Einfluß auf das Volksleben. Aber die Betrachtungsweise bleibt an der Oberfläche haften. Fortwährend drängt sich bei Riehl's Schilderung die Frage auf: worauf beruht diese eigenartige Natur des Bürgers und des Bauern?

Dazu kommt noch eins: seit Riehl's Zeit hat sich das Bild noch verändert. Während wir den Bürger noch fast so finden, wie ihn Riehl zeichnet, haben sich beim Bauern ganz wesentliche Veränderungen vollzogen oder wenigstens Ansätze dazu, deren Ursachenverknüpfungen wir nachzugehen haben.

Hier führt Ehrenberg weiter. Er führt uns ein in den Zusammenhang zwischen dem Geistesleben des Bauern wie des Bürgers mit ihrem Wirtschaftsleben. Die besonderen produktiven Aufgaben von Stadt und Land für die Erzeugung wirtschaftlicher Güter, sie sind es, welche durch ihre Eigenart auch auf ihr Geistesleben wirken.

So erklärt sich das konservative Element des Landmannes aus seiner ganzen auf Stetigkeit und Dauer berechneten Wirtschaftsweise. Die Landwirtschaft unterliegt ihrem Wesen nach einer langsamen, von der Natur bedingten Entwicklung. Die Hauptsache muß der Mensch der Natur überlassen, deren Gesetze auch seine Handlungen beherrschen, von deren Bedingungen er sich nicht befreien kann.

Ganz anders in der Stadt: beim Gewerbe und noch mehr beim Handel beruht das wirtschaftliche Gedeihen weit mehr als in der Landwirtschaft auf der persönlichen Tüchtigkeit des Unternehmers. Er muß dauernd auf Verbesserungen seines Betriebes sinnen, da er sonst der Konkurrenz unterliegt, die in der Landwirtschaft fast gar keine Bedeutung hat. Überhaupt hat die stete Berührung und Reibung, der die Städter ausgesetzt sind, die Wirkung, daß das ganze höhere Geistesleben dort am stärksten vorwärts treibt.

Aus den wirtschaftlichen Verhältnissen erklärt sich auch die Bodenständigkeit des Landvolkes. Der landwirtschaftliche Betrieb erfordert ein Verwachsen des Landwirts mit dem Boden. Je genauer er diesen kennt, je mehr er seine Betriebsweise dafür einrichtet, desto besser für ihn. Der Industrielle, der Händler dagegen, sie sind in ihrem wirtschaftlichen Dasein abhängig von dem rasch wechselnden Verhältnis des Bedarfs und des Angebots. Je besser sie sich ihm anpassen, umso größer ihr Verdienst. Freie Bewegung ist vor allem Lebenselement des Kaufmanns, der Industrielle steht schon mehr in der Mitte, wird aber dem Kaufmann immer mehr verwandt, wie auch der Landwirt in seiner Wirtschaftsweise und hierdurch in seiner geistigen Verfassung sich langsam dem Industriellen nähert.

Der Partikularismus des Bauern, wie ihn Riehl schildert, wird bedingt durch das Raumbedürfnis der Landwirtschaft, welches den Bauer nötigt, verhältnismäßig einsam zu leben. Ganz entgegengesetzt ist dies beim Handel. Je verschiedenartiger die natürlichen und sozialen Verhältnisse der Menschen sind, umso stärker ist ihr Tauschbedürfnis. Der Handel muß daher immer dahin streben seinen Bezugs- und Absatzkreis auszudehnen.

Somit sind wir schon zur Beantwortung der zweiten Frage gelangt: Welche Ursachen haben den Bauer seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, seit Riehl, in seiner Eigenart so stark verändert? Um diese Frage beantworten zu können, muß das Verhältnis von Stadt und Land weiter zurückgreifend betrachtet werden.

Jahrhundertelang war das Ziel der Kulturentwicklung vor allem gerichtet auf Mehrung des Volkswohlstandes. Geld ins Land zu bringen, das war das Ziel der ersten neuzeitlichen Volkswirte. Hierzu waren vor allem Gewerbe und Handel imstande. Die arbeitsteilige Verkehrswirtschaft entwickelte ein neues Prinzip, das notwendig war für den Volksreichtum, das Erwerbs- oder Lohnprinzip. Die geschlossene Hauswirtschaft war organisiert nach dem

gemeinwirtschaftlichen Prinzip: jeder produzierte und bekam soviel, wie er brauchte. Die Verkehrswirtschaft dagegen gestaltete sich nach der Leistungsfähigkeit. Stadt und Land entwickelten sich durchaus verschiedenartig und waren doch aufeinander angewiesen: Das Land brauchte die Produkte der Stadt, diese die des Landes. Jeder bekam soviel, wie er als Entgelt gab. Er war also gezwungen, selbst möglichst viel zu produzieren, um gegen seine Produkte möglichst viel eintauschen zu können.

Die Produzenten waren jetzt genötigt und imstande, ihren Umsatz zu steigern. Dies war dem Handel von jeher am leichtesten möglich; das Gewerbe lernte es erst, als aus dem Handwerk sich durch kaufmännische Leitung die Industrie entwickelte. Mit ihrer Hilfe gelang es der Stadtwirtschaft durch regen Austausch der Erfahrungen, mit Hilfe des Konkurrenzkampfes und durch die Berufsorganisation, vor dem platten Lande einen großen Vorsprung zu gewinnen und zu hohem Wohlstand zu gelangen. Da sich die Industrie vor allem geeignet zeigte, den Volkswohlstand zu heben wurde sie das Schoßkind, das gefördert werden mußte. Die Landwirtschaft lernte zuletzt, sich den Anforderungen der Verkehrswirtschaft anzupassen und es ist ihr bei weitem nicht im gleichen Maße gelungen; aber eine starke Annäherung hat auch sie erreicht.

Dies ist in großen Zügen Deutschlands, wie fast aller Nationen, Entwicklung zum „Industriestaat“. Die Stadt, die Industrie, wurde nach Möglichkeit ausgebildet und gefördert, während die Entwicklung des platten Landes, der Landwirtschaft, zurückblieb. Das hat gute Wirkungnn für den Volkswohlstand, aber schlimme Folgen für die Volksgesundheit erzeugt.

Die übermäßige Industrialisierung unseres Wirtschaftslebens hat ein starkes Anwachsen der Städte zur Folge gehabt. Innerhalb 40 Jahren, von 1871—1910, ist die Bevölkerung in den Städten von $^1/_3$ auf $^2/_3$ des Gesamtvolkes angewachsen. Es gab 1871: 8 Großstädte, 1910: 47. Ihre Einwohnerzahl ist von 1 968 537 auf 13 509 574 angewachsen, von 4,8 % der Gesamtbevölkerung auf 20,8 %. Ihr Anteil hat sich also verfünffacht. Mittelstädte gab es 1871: 75. 1905: 208. Ihre Einwohnerzahl betrug 1871: 3 147 272, 1905: 7 816 630, also immerhin mehr als das Doppelte. Wesentlich geringer ist die Vermehrung der Bevölkerung in den kleinen Städten und in den Landstädten. Das Anwachsen der städtischen Bevölkerung entstammt nicht etwa Geburtenüberschüssen, sondern der großen Völkerwande-

rung vom Lande in die Stadt. Die Landbevölkerung hat sich von 1871 bis 1905 um rund 500000 Menschen vermindert.

Die Landflucht verursacht auf dem Lande Mangel an Arbeitskräften. Die Leute, die in die Stadt zogen, weil ihnen dort Reichtum, Glück an den Mittelpunkten des ganzen wirtschaftlichen Lebens winkte, waren meist im besten Alter, es waren die Leute, deren die Lanwirtschaft um so mehr bedurfte, je intensiver sie wirtschaftete. In der Stadt aber erzeugte die übermäßige Landflucht die Überfüllung des „großstädtischen Proletariats". Vor allem entstand hier durch den massenhaften Zufluß eine außerordentliche Verteuerung des Bodens. Sie zwang zu dessen äußerster Ausnutzung, schuf die Mietskaserne. Zur Charakteristik der vorherrschenden Hausform dient die Behausungsziffer, d. i. die Anzahl der Bewohner, die auf ein Grundstück entfällt, für die Jahre 1895—1905 [1]). Am größten ist die Behausungsziffer in Großberlin. Sie betrug für Neukölln 1900: 56,90; 1905: 59,70. Für Charlottenburg 1900: 60,07; 1905: 64,78. Für Schöneberg 1900: 67,90; 1905: 69,15. Für Berlin 1895: 71,15; 1900: 77,00; 1905: 77,54. Hier zeigen uns also die Zahlen eine starke Zunahme der ohnehin schon hohen Behausungsziffer. Mit der weitgehenden Ausnutzung des Bodens hängt auch eine andere Folge-Erscheinung zusammen: das Verschwinden der Hausgärten. Man brauchte für den Hausbau notwendig jeden Quadratmeter Boden und bebaute daher auch die Grünflächen, die noch innerhalb der Hausblöcke oder an kleineren Häusern als Vorgärten vorhanden waren. Hierüber gibt nebenstehende Tabelle Aufschluß.

Günstiger ist das Verhältnis in den kleineren Städten, da hier ja auch nicht eine so gewaltige Nachfrage nach Wohnungen herrschte wie in den Großstädten, der Boden also hier auch nicht derartig ausgenutzt zu werden brauchte.

Dieses Verschwinden der Gärten innerhalb der Stadt ist von großer Bedeutung. Früher wohnten alle Städter im Innern der Stadt. Jetzt trieb sie die Citybildung, die Konzentration des Geschäftslebens im Innern der Stadt, hinaus. Die Wohlhabenden bauten sich am Rande der Stadt oder in den Vorstädten Villen mit Gärten. Dies war dem kleinen Mann aber unmöglich. Er mußte im Stadtinnern mit seinem Ruß, mit seiner ungesunden Luft, ohne genügendes Sonnenlicht ausharren, schon der besseren Arbeitsgelegenheit wegen, dann aber auch, weil er die Ausgaben für Straßen-

[1]) Schriften der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Heft 8 d. n. F.

Haus- und Vorgärten in Berlin seit 1871.

Jahr	Zahl der bewohnten Grundstücke	Zahl der bewohnten Wohnungen	Zahl der Hausgärten	Hausgärten: Von 100 bewohnten Grundstücken hatten	Hausgärten: Auf 100 bewohnte Wohnungen entfielen	Zahl der Vorgärten	Gesamtzahl aller Gärten	Gärten überhaupt: Von 100 bewohnten Grundstücken hatten	Gärten überhaupt: Auf 100 bewohnte Wohnungen entfielen
1871	14 478	—	4942	34,1	—	2453	5803	40,1	—
1875	16 637	—	5632	33,8	—	—	—	—	—
1895	23 255	409 904	4815	20,7	1,17	3146	6883	29,6	1,67
1900	24 493	474 114	5378	21,9	1,13	3277	7509	30,6	1,58
1905	26 434	524 441	7015	26,5	1,33	3490	9226	34,9	1,76

bahn u. a., die ein Wohnen außerhalb der Stadt erfordern würde, nicht erschwingen konnte. So fehlt es ihm an der Möglichkeit, nach der Tagesarbeit sich an dem Jungbrunnen der Natur zu erfreuen, in der freien Luft aufzuatmen, frische Kraft zu schöpfen. Wenn er Erholung sucht, geht er ins Wirtshaus.

Diese Entwicklung unseres städtischen Wirtschaftslebens wirkt sehr ungünstig auf die Gesundheit des Volkes. Die anhaltende starke Arbeit in den Schulen, in den Fabriken, in den Kontorräumen, in den Warenhäusern, immer in geschlossenen Räumen muß auf die Volksgesundheit ungünstig wirken. Und wie wir gesehen haben, hat die Entwicklung es noch überdies mit sich gebracht, daß die Grünflächen, die „Lungen" der Großstadt, allmählich verdrängt sind. Dazu kommt das ganze Hasten und Treiben der Großstadt mit ihrem sturzhaften Verkehr, ihrem Wagengerassel, dem Straßenbahn- und Automobillärm usw., alles ist geeignet, die Nerven, auch die gesundesten, allmählich zu verderben. Außerdem haben es die teuren Wohnungsmieten zuwege gebracht, daß ganze Familien in einer Wohnung von einem Zimmer oder gar von einem Keller, hausen. Ja, womöglich wohnt dann noch bei ihnen ein Schlafgänger, der ihnen helfen muß, die Miete herauszuschlagen. Solche Wohnungen sind die Brutstätten unserer typischen großstädtischen Krankheiten. Vor allem trifft dies zu für die Kinder, die so der Rachitis und anderen Krankheiten unserer Großstadtkinder ausgeliefert werden. Obgleich die verschiedensten sozial-hygienischen Vorkehrungen getroffen sind, um Abhilfe dieser Mißstände zu schaffen, so frißt das Übel doch noch immer weiter um sich.

Dies zeigt mit besonderer Klarheit der Geburtenrückgang. Hierüber gibt folgende Tabelle Aufschluß[1]). In Preußen kommen auf 1000 Einwohner Geburten (mit Totgeburten):

	Stadt	Land
1867—1870	38,6	39,6
1871—1875	40,0	40,9
1876—1880	41,4	41,4
1881—1885	37,2	39,8
1886—1890	36,8	40,3
1891—1895	35,8	40,2
1896—1900	35,3	40,0
1901—1905	32,9	38,9
1906—1907	31,7	37,1

[1]) Handwörterbuch der sozialen Hygiene, Bd. II, S. 497 ff.

Die Tabelle zeigt uns, daß von 1870 an in den ersten Jahren sogar eine Steigerung der Geburtenziffer in der Stadt stattgefunden hat. Dann folgt aber von ungefähr 1875 an ein rascher Rückgang in der Stadt, schließlich um etwa 18 %.

Auch auf dem Lande finden wir in den ersten Jahren einen Aufstieg und dann einen Rückgang der Geburtenziffer, der aber verhältnismäßig sehr gering ist, zuletzt nur etwa 6 %. Während anfangs die Geburtenzahl von Stadt und Land fast gleich war, ist sie schließlich auf dem Lande um 15 % höher.

Städtische Familien haben durch eine große Kinderzahl sehr oft Schwierigkeiten hinsichtlich der Ernährung, der Wohnung usw., während auf dem Lande umgekehrt die Kinder sehr bald durch ihre Arbeit das Vorwärtskommen der Familie fördern.

In Preußen kommen auf 1000 verheiratete Frauen von 15—50 Jahren eheliche Geburten:

	1879—1882	1894—1897	1899—1902	1904—1907
In Berlin	238	169	152	138
In den übrigen Großstädten	267	235	224	204
In allen Städten	269	240	227	207
Auf dem Lande	288	290	287	269

Wir ersehen hieraus einen sehr großen Abstand zwischen dem Lande und den Städten, besonders Berlin. Während sich die eheliche Fruchtbarkeit in Berlin von 1879—1907 um 100 pro Mille vermindert hat, ergibt sich für das platte Land nur eine Verringerung um 19 pro Mille. Der Unterschied zwischen Berlin und dem platten Lande beträgt 1879—1882 50 pro Mille, 1904—1907 131 pro Mille zugunsten des Landes.

Ähnlich liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Wehrfähigkeit (siehe Tabelle auf S. 10).

Auch hier wieder ergeben sich für das platte Land gesundere Verhältnisse. Die Tabelle zeigt uns den Unterschied zunächst in den Durchschnittsziffern. Noch deutlicher wird er uns, wenn wir die Tauglichkeitsziffern von Stadt und Land in den einzelnen Jahren vergleichen. Bei beiden ist eine Abnahme festzustellen; während sie aber auf dem Lande verhältnismäßig nur gering ist (1902 bis 1909 3,1 %), ergibt sich in der Stadt eine Abnahme von 5,7 %. Außerdem ersehen wir aus der Tabelle, daß die Wehrfähigkeit der

Tauglichkeitsziffer für Deutschland nach Beruf und Abstammung.

(Handwörterbuch der sozialen Hygiene, Bd. II, S. 777.)

Rekruten	Endgültig abgefertigt 1909	Volltauglich in Proz. der endgültig Abgefertigten							Durchschnitt 1903/09
		1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	
I. Auf dem Lande geboren:										
a) In der Landwirtschaft tätig	130 200	61,0	60,0	59,1	60,2	60,2	58,7	58,7	57,9	59,3
b) Im Gewerbe usw. tätig[1])	188 200	60,2	59,2	58,2	58,5	58,3	57,5	57,0	55,4	57,7
II. In der Stadt geboren:										
a) In der Landwirtschaft tätig	17 830	60,1	57,9	58,0	57,8	58,6	56,8	56,3	56,7	57,4
b) Im Gewerbe usw. tätig[1])	214 100	54,7	53,0	52,6	51,3	50,5	49,9	49,6	49,0	50,8
Summa	530 300	58,5	57,1	56,4	56,3	55,9	54,9	54,5	53,6	55,5
Differenz zwischen Ia u. IIb	—	6,3	7,0	6,5	8,9	9,7	8,8	9,1	8,9	8,5

[1]) Hierunter sind alle städtischen Berufe zusammengefaßt.

Leute, die zwar auf dem Lande geboren sind, sich dann aber den städtischen Berufen zugewandt haben, unter dem städischen Einfluß merklich Schaden leidet. Die Tauglichkeitsziffer weist sofort eine Minderung auf. Der größte Gegensatz ergibt sich, wenn man die beiden Extreme, I a und II b, vergleicht. Die Differenz hat sich 1902 bis 1909 um ein Drittel gesteigert. So zeigt sich schließlich, daß 1909 ein Sechstel auf dem Lande mehr Leute tauglich waren, wenn sie dort geboren und in der Landwirtschaft noch tätig waren, als in der Stadt, wenn sie hier geboren, sich städtischen Berufen gewidmet hatten.

Zu diesen gesundheitlichen Schäden kommen noch die Wirkungen der einseitig städtischen Wirtschaftsweise auf die Sittlichkeit. Da der Städter in seinem wirtschaftlichen Leben, im Gegensatz zum Landmann, von der Natur unabhängig ist, interessiert er sich für sie auch weniger. Er hat auch wenig Gelegenheit, sie in ihrem Wesen und Wirken kennen zu lernen. Dazu muß er erst einen mehr oder minder weiten Weg zurücklegen. In der Stadt arbeitet oft der Vater in der Fabrik, die Mutter muß nähen gehen, und auch die Kinder müssen ihr Teil beitragen, um den Lebensunterhalt aufzubringen, müssen Zeitungen austragen und anderes mehr. So kommt die Familie oft erst spät abends zusammen, wenn der Vater es nicht vorzieht, ins Wirtshaus zu gehen. Auf dem Lande dagegen arbeitet die ganze Familie zusammen. Auch die Kinder müssen im Verhältnis zu ihrem Alter mehr oder minder mitarbeiten, bleiben aber doch mehr unter dem Einfluß der Eltern, es besteht ein festes Band, das der Arbeitsgemeinschaft zwischen den einzelnen Familienmitgliedern.

Schließlich hat die einseitig städtische Wirtschaftsweise noch weitere Folgen wirtschaftlicher Art erzeugt: die Eigenproduktion hat in der Stadt immer mehr aufgehört, die städtischen Familien sind in ihrer Versorgung schlechthin abhängig geworden von der Erwerbswirtschaft. Dies hat zu starker Verteuerung des Haushalts geführt.

Zugleich wird dadurch auch die Erziehung der weiblichen Jugend geschädigt. Die Mädchen und Frauen werden immer mehr hinausgedrängt in die Berufsarbeit. Die erziehliche Wirkung der Arbeit in Haus und Garten, namentlich für die Jugend, wird in gefährlicher Weise unterschätzt. Die Eigenart des weiblichen Geschlechts wird mißachtet. Und so fehlt es denn immer mehr an echten Müttern.

Die Stadt hat ihren Einfluß ungehemmt auf das platte Land ausüben können. Dies hat sicher seine Lichtseiten gehabt. Die Landwirtschaft ist so aus ihrer Ruhe durch den fortschrittlich städtischen Geist aufgerüttelt worden, aber die bodenständigen Volkselemente sind allzusehr verringert, der Einfluß der Stadt zu sehr verstärkt worden.

Die Einseitigkeit der städtischen Wirtschaftsweise hat unser Wirtschaftsleben zu hoher Blüte gebracht, aber auch die Volkskraft der festen, dauernden Grundlage, die in den Mächten des Beharrens besteht, beraubt.

Dieser nachteiligen Entwicklung versucht man jetzt in der Stadt und auf dem Lande entgegenzuarbeiten. Man sucht die Landbevölkerung durch innere Kolonisation zu vermehren. Und in der Stadt sucht man neuerdings der Einseitigkeit städtischer Wirtschaftsweise entgegenzuwirken durch Mischung mit ländlichen Elementen, durch die städtische Kleinsiedlung.

Die städtische Kleinsiedlung. In der städtischen Kleinsiedlung kann man zwei verschiedene Arten und zwar nach der Stufe ihrer Entwicklung unterscheiden: den Kleingarten und die Gartenstadt.

Mit dem Anwachsen der städtischen Bevölkerung wurde die weiträumige Wohnweise in kleinen Häusern mit Gärten verdrängt durch möglichste Ausnutzung des Bodens, durch den Bau von Mietskasernen ohne Gärten. Dieser Entwicklung entstanden schließlich Gegenströmungen. Von verschiedenen Seiten erkannte man die Gefahr, in welche die städtische Bevölkerung geriet, und traf Vorkehrungen, dem Übel entgegenzuwirken. Teils bestrebte man sich, die ganze Wohnweise wieder in frühere Bahnen zu lenken, indem man Kleinhäuser mit Gärten schuf (Gartenstadt), teils begnügte man sich damit, wenigstens Gärten zu schaffen (Kleingarten).

Wir wollen hier zunächst nur die Entwicklung der Kleingärten verfolgen, um ihre Bedeutung erkennen zu können.

Entwicklung der Kleingärten (Ackerparzellen und Schrebergärten). Beim Kleingarten handelt es sich einmal um „Ackerparzellen". Tatsächlich sind es aber einfache Gärten, die nur für kurze Dauer berechnet sind und mindestens teilweise feldmäßig bebaut werden. Sie sind auf dem Gelände angelegt, das am Rande der Stadt für Bauzwecke ausersehen ist, vorläufig aber noch in kleinen Parzellen zur landwirtschaftlichen und gärtnerischen Nutzung verpachtet wird. Wegen der ackerähnlichen Bebauung kann man sie auch „Pachtäcker" nennen.

„Schrebergärten" (über den Namen später) dagegen sind für längere Dauer berechnet. Ihre Beschaffung und Verteilung ist meistens vereinsmäßig organisiert, was einen genossenschaftlichen Einschlag erzeugt, der aber auch beim „Pachtacker" je länger desto mehr sich zeigt, wie denn aus den „Pachtäckern" mit der Zeit oft „Schrebergärten" werden. Da der Unterschied zwischen Ackerparzellen und Schrebergärten zwar seine Bedeutung hat, aber nicht sehr tief greift, so können wir beide Arten im großen und ganzen zusammen behandeln. Wo Unterschiede sich geltend machen, wird darauf hingewiesen werden.

Bisherige Entwicklung. In der Entwicklung der städtischen Kleingartensiedlung spielt die Stadt Leipzig eine führende Rolle. Dort haben sich die alten Hausgärten besonders lange gehalten und zwar in unmittelbarer Nähe des Stadtinnern. Es waren dies die Überreste der alten Gärten, die sich die wohlhabenden Kaufleute vor der Stadtmauer als Nutz- und Ziergärten anlegten. Im Jahre 1731 wurden im Adreßbuch 31 größere Gärten aufgeführt. Diese Gärten wurden erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts bebaut. So kam 1875 auf den Bewohner im Durchschnitt eine Freifläche von 32 Quadratmetern. In Berlin kommt dagegen heute nur auf den Bewohner eine Freifläche von 2 Quadratmetern. Nach 1875 ist allerdings auch in Leipzig eine gewaltige Verschlechterung eingetreten. In dem kurzen Zeitraum von 1875—1890 ist der Bestand an Gartenland in Alt-Leipzig fast um die Hälfte vermindert worden. Weit besser lagen die Verhältnisse in der Neustadt. Hier waren schon seit etwa 1830 Vorkehrungen für Gartensiedlungen getroffen. Es sind dies die Familiengärten oder Schrebergärten, Gärten, die auf einem unbebauten Grundstück angelegt, an die Mitglieder eines Vereins (Schreberverein) verpachtet werden. Der Verein sorgt auf genossenschaftlicher Grundlage für gewisse Anlagen und Einrichtungen und gibt so dem Unternehmen einen dauernden kräftigeren Rückhalt, als es bei Einzelpächtern der Fall ist.

Die älteste Siedlung in dieser Art ist die Anlage „Johannistal". Sie bestand 1834 aus 255 Gärten, die einen Pachtzins ergaben von 765 Talern. Heute hat die Fläche auch schon etwas beschnitten werden müssen, es sind noch 239 Gärten mit einer Gesamtfläche von 102 678 Quadratmetern. Diese Anlage bewies, daß es sich um ein erfolgsicheres Unternehmen handelte, und legte so den Grund für die weitere Entwicklung.

Hierfür wurde maßgebend der Arzt Dr. Schreber. Er war ein Pionier auf dem Gebiete der Volkserziehungsfragen. Eine Vereinigung körperlicher und geistiger Vollkraft, das war sein Ziel Deshalb trat er ein für Förderung der Leibesübungen und des Familienlebens. Schule und Haus sollten sich vereinigen, um dieses Ziel zu erreichen.

Diese Anregungen Schreber's, der schon 1861 starb, setzte der Pädagoge Dr. Hauschild in die Tat um. Aus den Zusammenkünften der Eltern und Lehrer entstand 1864 der erste Schreberverein. Es wurde ein großer Spielplatz im Westend Leipzigs angelegt, verbunden mit einem Kindergarten und einem botanischen Garten. Es waren also Erziehungsfragen, die den ersten und dann auch die späteren Schrebervereine beschäftigten. So wurde bei allen Neugründungen immer wieder betont, sie seien Erziehungsvereine. Bald aber trat daneben ein anderes Moment, die Gartenarbeit. Die Kinder erhielten zur Bearbeitung kleine Beete, da sie aber keine guten Gärtner abgaben, so wurden bald aus den Kinderbeeten Familienbeete und weitere Familiengärten mit Lauben, wie sie heute bestehen. Man erkannte, daß die beste Jugendpflege die sei, Jung und Alt, die ganze Familie im Garten arbeiten zu lassen. Doch bildet auch heute noch der Spielplatz für die Kinder ein charakteristisches Merkmal der Schrebergärten.

Außer diesen Gärten, die von Vereinen gepachtet werden, gibt es dann in Leipzig noch die „Familiengärten" im engeren Sinne. Mehrere Familien tun sich frei zusammen, ohne einen Verein zu bilden, und pachten Land, das sie unter sich parzellieren. Diese Unterscheidung ist jedoch ohne prinzipielle Merkmale und deshalb ohne Belang.

Die Zahl der Leipziger Schrebergärten beträgt rund 10000, die Größe der Gärten durchschnittlich 200 Quadratmeter. Der Pachtzins, den die Mitglieder der Vereine zahlen, schwankt zwischen 1 M. und 3,50 M. für die Quadratrute (von 20 qm). Die Vereine zahlen als Pacht 0,45 bis 3 M. für die Quadratrute.

Die Leipziger Schrebergärten haben in fast allen Städten Nachahmung gefunden, so in Frankfurt, Danzig (Verein für öffentliche Gesundheitspflege), Mainz (Mainzer Schrebergartenverein, der im Jahre 1910 65 Gärten anlegte, jetzt aber die Zahl schon verdoppelt hat) u. a. m.

Außer den Schrebervereinen haben sich auch die Vaterländischen

Frauenvereine und das Rote Kreuz der Kleingartensiedlung angenommen.

So hatte der Vaterländische Frauenverein in Charlottenburg 1904 362 Familien von zusammen mehr als 2000 Köpfen mit Gartenland versorgt. Heute sind es schon 1057 Gärten, also für rund 5000 Köpfe.

In Lübeck hat das Rote Kreuz seit dem Jahre 1909 Gelände gepachtet und an minderbemittelte Familien weiter verpachtet. Es bestehen jetzt 700 Gärten, je 300 Quadratmeter groß. Die Pacht beträgt für den einzelnen Garten 5 M. jährlich, also 35 Pf. pro Quadratrute von rund 20 Quadratmetern. Außerdem sind Spielplätze angelegt, ein Schülergarten von 600 Quadratmetern und ein Lehrerseminargarten von 1200 Quadratmetern.

Diese seien aus der großen Zahl der von den Vaterländischen Frauenvereinen und vom Roten Kreuz gegründeten Gartensiedlungen besonders erwähnt. Von Bedeutung ist hierbei, daß die genaueste Überwachung der Gärten hinsichtlich der Bewirtschaftung stattfindet. Es wird auf ordnungsmäßige Bestellung gehalten; jeder Gartenbesitzer muß seine Aussaat, Art und Menge des Düngers und den Betrag seiner Ernte genau angeben; die Überwachung wird von Garteninspektoren gehandhabt, deren Anordnungen unbedingt Folge zu leisten ist.

Eine besondere Stellung nimmt die Kleingartensiedlung in Kiel ein. Um 1820 wurde hier zuerst städtisches Gelände zum Gartenbau verpachtet. 1830 wurden dann außerdem die sog. „Armengärten" verteilt. Hierdurch sollten kleine Handwerker und Arbeiter gegen geringes Entgelt in die Lage gebracht werden, ihren Bedarf an Gartenfrüchten selbst zu bauen. Im ganzen wurden hieran 59 Familien beteiligt, die durchschnittlich je 20 Quadratruten erhielten. Für die ersten zwei Jahre wurde keine Pacht entrichtet, von März 1832 an jährlich 15 Pf. pro Quadratrute. 1843 besaß die Stadt schon 247 Gärten. Aber jetzt wurden sie meistbietend verpachtet, hatten also ihren ursprünglichen Charakter als Armengärten schon verloren. Besonders rasch vermehrte sich die Zahl der Gärten während des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahrzehnte. 1870 waren es 700, 1880 rund 800, 1890 rund 1500, 1910 rund 2380 Gärten. Die schnelle Zunahme zeigt, welcher Beliebtheit sich die Gärten erfreuten. Der Pachtzins ist wie überall so auch in Kiel im Laufe der Zeit bedeutend gestiegen. Für neu angelegte Gärten wurde in früheren Jahren 80 Pf. pro Quadratrute

gezahlt, jetzt schon weit über eine Mark. Die Größe der Gärten beträgt durchschnittlich 20 Quadratruten.

Daß die Gartensiedlung auch für den Stadtsäckel überaus günstig ist, sieht man aus den Pachteinnahmen. Die Stadt nahm als Pacht für die Gärten jährlich ein:

1859—60: 2660 M., 1870—71: 6496 M., 1880—81: 13860 M.,
1890—91: 28710 M., 1900—01: 53484 M., 1912—13: 91794 M.

Diese hohen Einnahmen machten der Stadt die verschiedensten gemeinnützigen Aufwendungen in den Gärten möglich. Die einzelnen Gärten sind durch Weißdornhecken und Drahtzäune voneinander getrennt. Es sind 4 Meter breite Wege von Schlacken und Sand angelegt. Seit 1909 sind auch innerhalb der Pachtgärten Spielplätze hergerichtet. So sind aus den ursprünglichen Ackerparzellen durch Anlage für die Dauer „Schrebergärten" geworden. Dies hat dann auch zum Teil einen Zusammenschluß der Pächter zu Vereinen und Genossenschaften herbeigeführt, von besonderer Wichtigkeit heute in der Kriegszeit, da die in Kiel bestehenden Bezugsgenossenschaften zur gemeinsamen Beschaffung von Dünger und Saatgut natürlich weit besser dastehen als Einzelpersonen.

Ganz anders liegen die Verhältnisse in Berlin. Hier hat die Stadtverwaltung versucht, sich die Sache möglichst leicht zu machen, sie hat wohl das Gelände zur Gartensiedlung hergegeben, die weitere Organisation aber den Privatunternehmern überlassen. Die Stadt hat das Gelände an Generalpächter vergeben, die ihrerseits das Terrain in Parzellen aufteilen und weiter verpachten. Da hierbei die Stadt möglichst viel herausschlagen wollte, andererseits der Generalpächter natürlich auch auf seine Kosten zu kommen suchte, so war die Folge die, daß die Afterpächter die Zeche bezahlen mußten. Hierzu kommt noch ein weiterer Übelstand. Immer mehr rekrutierten sich die Generalpächter aus dem Gewerbe der Schankwirte. Diese suchten ein doppeltes Geschäft zu machen. Erstens verdienten sie durch das Generalpachtsystem, und zweitens betrieben sie ihr schwungvolles Gewerbe nebenbei. Sie errichteten nämlich in großer Zahl Schankstätten in den Laubenkolonien und veranlaßten ihre Afterpächter zu regem Besuch. Wer da nicht genug verzehrte, wurde ohne weiteres gekündigt; wer bei einem anderen seine Genußmittel kaufte, verfiel einer schweren Konventionalstrafe.

Diesem Unwesen suchte die Stadtverwaltung dadurch zu steuern, daß sie den Zwischenpächtern den Ausschank von geistigen Ge-

tränken verbot. So wurden offiziell die Mißstände teilweise beseitigt, unter der Hand blieben sie aber in der Hauptsache von Bestand.

Hier half nur ein radikales Mittel: Auflösung der Zwischenpacht, direkte Verpachtung seitens der Stadtverwaltung an die Siedler. Zwar kommt die Stadt hierdurch finanziell weniger günstig weg als bei der meistbietenden Verpachtung an Generalpächter. Dieser Schade wird aber reichlich wieder wettgemacht durch Vorteile zugunsten des sozialen Interesses. Die Stadtgemeinden haben doch nicht in erster Linie Sorge zu tragen für ihren Stadtsäckel, sondern gemeinnützige Prinzipien zu verfolgen.

Die Zahl der Berliner Kleingärten ist recht beträchtlich; sie beträgt rund 40000. Es sind dies meistens Schrebergärten: „Laubenkolonien". Wie der Name schon sagt, sind auch sie für längere Dauer berechnet; es sind Lauben hergestellt, verschiedene Spiel- und Sportplätze angelegt, sowie alle möglichen anderen Einrichtungen getroffen worden.

Wenn nun auch die Stadtverwaltung allmählich sich der Kleinsiedlung fürsorglicher angenommen hat, so ist die Berliner Organisation vom gemeinnützigen Gesichtspunkt aus doch als verfehlt anzusehen, soweit die Pächter, denen die Gartensiedlung zugute kommen soll, durch übermäßig hohe Pachtzahlung wie durch hohen Alkoholkonsum in den Laubenkolonien geschädigt werden. Immerhin ist in den letzten Jahren eine Besserung der Verhältnisse eingetreten, da man sich Mühe gibt, die Schäden, die das Generalpachtsystem mit sich bringt, zu beseitigen.

Auch in Bremen bestand zuerst das Zwischenpachtsystem. Doch hat man bald infolge der krassen Auswüchse dieses System beseitigt. Die Stadt verpachtet ein Gelände von 46 ha an 550 Einzelpächter. Sie hat dadurch eine Einnahme jährlich von 1308 M. (1911). Der Pachtzins beträgt 0,45—1 M. für die Quadratrute. Die Verpachtung geschieht wie in den meisten Städten auf 6 Jahre.

In Hamburg hat eine Privatperson schon vor Jahren ein Gelände von 44,5 ha gepachtet und in kleinen Parzellen weiterverpachtet. Es ist ein durchaus lohnendes Unternehmen, der Pachtertrag beläuft sich auf jährlich 20000 M. Die einzelnen Parzellen sind durchschnittlich 550 Quadratmeter groß und kosten an Pacht 0,80—1,20 M. je Quadratrute. Wenn man berücksichtigt, daß Anlagen nicht getroffen sind, so erscheint der Pachtzins für Friedenspreise im Verhältnis zu anderen Gartensiedlungen ziemlich hoch.

Allerdings liegt das Gelände sehr günstig und ist von den bewohnten Stadtteilen aus schnell erreichbar.

Im übrigen trat in der hamburger Kleingartensiedlung besonders die Patriotische Gesellschaft hervor. Sie pachtete 1907 ungefähr 36000 Quadratmeter und verteilte sie unter 96 Familien, 1909: 239066 Quadratmeter für 652 Familien, 1911: 362844 Quadratmeter für 1094 Familien. Die Pächter zahlen für die Quadratrute 65 Pf. Die Unkosten für Anlagen waren ziemlich beträchtlich und konnten anfangs nicht gedeckt werden, da die Gesellschaft einen verhältnismäßig hohen Pachtzins für ihr Gelände bezahlen mußte, den Pachtzins für ihre Pächter aber nicht dementsprechend höher berechnen wollte.

Von den übrigen Städten sind wegen guter Organisation auf dem Gebiete der Kleingartensiedlung zu nennen: Erfurt, Köln, Frankfurt a. M., Magdeburg u. a.

Zum Schluß wollen wir noch auf die Verhältnisse in Rostock etwas näher eingehen. Die Stadtverwaltung hat sich hier in der städtischen Kleinsiedlungsfrage zuerst fast völlig passiv verhalten. Sie hat allerdings ein ziemlich großes Gelände zur Verpachtung hergegeben, hat sich aber damit auch begnügt. Eine zweckbewußte Regelung fehlt bisher fast völlig. Wir finden die verschiedensten Pachtpreise, die verschiedensten Größen, aber keine Anlagen irgendwelcher Art, abgesehen von einer kleinen Zahl von Schrebergärten.

Der Pachtzins ist im Laufe der Zeit bedeutend gestiegen. In früheren Jahren war er sehr gering. Man verstand es noch nicht genug, das Land durch möglichst intensive Bewirtschaftung auszunutzen. Die Nachfrage war auch noch nicht groß, da man sich noch nicht genügend der wirtschaftlichen Vorteile bewußt war, die der Gartenbau mit sich bringen kann. Im Laufe der letzten Jahre aber ist der Pachtzins sehr gestiegen. So betrug der Pachtzins der „Polizeisoldaten-Gärten“ im Jahre 1880 durchschnittlich 45 Pf. (11—53 Pf.), 1892: 55 Pf. (11—69 Pf.), 1904: 64 Pf. (11—111 Pf.). Der Pachtzins der „Damerower Parzellen“: 1896: 25 Pf. (13—42), 1902: 27 Pf., 1908: 29 Pf. „Bramower Reservate“: 1901: 7,5 Pf. (4—13 Pf.), 1907: 16 (9—53 Pf.), 1916: 57 Pf. (22—130 Pf.) pro Quadratrute. Seitdem ist der Pachtzins noch weit höher gestiegen; es sind neuerdings über 2 M. für die Quadratrute bezahlt worden!

Die Größe der Gärten beträgt durchschnittlich 30—50 Quadratruten, ist aber sehr verschieden. Das in Betracht kommende Gelände liegt zum weitaus größten Teil auf der Seite der Kröpelinertorvorstadt, nach Biestow, Damerow und Bramow hinaus. Das Gelände am Petridamm dagegen wird noch zum größten Teil von den wenigen Ackerbürgern, die sich noch gehalten haben, bebaut.

Auch einen Schreberverein haben wir in Rostock, den Obst- und Gemüsebauverein. Allerdings tritt bei ihm, wie der Name schon sagt, anders wie bei den Schrebervereinen, das wirtschaftliche Moment vor dem erzieherischen in den Vordergrund. Das von der Stadt an den genannten Verein verpachtete Land von 550 Quadratruten liegt am Stadtpark. Die Stadt erhält pro Quadratrute 50 Pf. Pacht. Die Mitglieder müssen an den Verein für ihren 10 Quadratruten großen Garten 12 M. bezahlen, also 1,20 M. pro Quadratrute, außerdem einen Beitrag von 3 M. und je nach dem Gebrauch ein Wassergeld von 5—8 M. Dafür hat der Verein Wege, Wasserleitung und Einfriedigung angelegt und noch in jedem Garten 6 größere Obstbäume gepflanzt.

So hat die Kleingartensiedlung auch in Rostock beträchtlichen Umfang angenommen, da die Stadtverwaltung ziemlich viel Gelände von ihrem sehr reichlichen Grundbesitz für Kleingartensiedlungen hergegeben hat. Durch eine durchgreifende Organisation wäre aber noch vieles zu erreichen. Neuerdings scheint die Stadtverwaltung diesen Weg betreten zu wollen Es ist Errichtung einer Beratungsstelle geplant, Anlage von Mustergärten, Einfriedigung, Einführung eines anderen Pachtsystems usw.

In weitem Maße haben sich auch die Arbeitgeber, sowohl die privaten Unternehmer wie der Staat, in der Kleingartensiedlung betätigt. Bei den mehr auf dem Lande gelegenen Unternehmungen ist dies selbstverständlich. Das Gelände, das für industrielle Anlagen noch nicht benötigt wird, kann durch Verpachtung in kleinen Parzellen am vorteilhaftesten ausgenutzt werden. Aber auch in der Stadt ist dies in großem Maße geschehen. Die Unternehmer verfolgen dabei ein doppeltes Ziel: erstens wollen sie sich durch die Ansiedlung ihrer Arbeiter einen seßhaften Stamm von Arbeitskräften bilden und zweitens ihre Arbeiter durch Gartenarbeit gesundheitlich fördern.

So sind auf dem Gebiete der städtischen Gartensiedlung vor allem folgende Unternehmungen zu erwähnen:

Gräflich Schaffgott'sche Werke, Beuthen	201	ha
Harpener Bergbau A.-G.	142	„
Kattowitzer A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb	180	„
Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gesellschaft, Eisleben	397	„
Steinkohlenbergwerk Charlotte, Czernitz	562	„

Friedrich Krupp, Essen	100 ha
Eisenhütte Silesia, Paruschowitz	76 „

Man sieht aus den Zahlen, daß es sich um beträchtliche Flächen handelt. Die Größe der einzelnen Parzellen ist sehr verschieden. Sie schwankt zwischen 10 und 3780 Quadratmeter, meist beträgt sie 200—600 Quadratmeter. Der Pachtzins ist sehr gering. Er beträgt im Durchschnitt 20—45 Pf. pro Quadratmeter. Aus den Zwecken, welche die Unternehmer mit der Gartensiedlung verfolgen, ergeben sich verschiedene Pachtbedingungen. Es werden im großen und ganzen nur verheiratete Arbeiter angesiedelt. Auch wird oft längere Dienstzeit oder gute Führung zur Voraussetzung gemacht. Arbeitskündigung zieht Gartenkündigung unverzüglich nach sich. Auch hier finden wir schon teilweise besondere Anlagen, z. B. Spiel- und Sportplätze (Krupp).

Von den staatlichen Unternehmungen sind auf dem Gebiete der Kleingartensiedlung vor allem die Eisenbahnverwaltungen hervorgetreten. Sie verpachten in beträchtlichem Umfange eigenes Gelände, das vorläufig entbehrlich ist, in kleinen Parzellen zu meist sehr mäßigem Pachtzins. Auch der preußische Bergfiskus hat seinen Arbeitern Gartenland zur Verfügung gestellt (Schriften der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Heft 8 d. n. F.), so in Schönebeck a. E. 14 ha für 72 Arbeiter, in Dürrenberg 12 ha für 140 Werkarbeiter zum Pachtzins von ca. 15 Pf. pro Quadratrute, in Königshütte 300 ha für rund 1000 Arbeiter, in Zabrze 133 ha für 269 Bergleute zum Pachtzins von ca. 8 Pf. je Quadratrute u. a. m. Die Verwaltungen haben hiermit sehr günstige Erfahrungen gemacht. Die Arbeiter beschäftigen sich sehr gern mit ihren Familien in den Gärten, und demnach herrscht eine starke Nachfrage nach Gartenland.

Die Größe der Gärten ist meist verhältnismäßig ansehnlich, so daß außer rein gärtnerischen Früchten auch Feldfrüchte, vereinzelt sogar Getreide gebaut wird. Doch sucht man von den Verwaltungen aus auf eine möglichst intensive Gartenkultur hinzuarbeiten. Zu diesem Zwecke werden im Herbste Ausstellungen von Gartenfrüchten abgehalten und die jugendlichen Arbeiter im Gartenbau unterrichtet.

Während des Krieges hat man überall die Kleingärten nach Möglichkeit gefördert, da man ihre große Bedeutung für die Volksernährung erkannte. Vor allem die Stadtverwaltungen, auf denen ja die Ernährungsschwierigkeiten in besonderem Maße lasteten, haben alles Gelände, das irgendwie in Betracht kam, als Ackerparzellen verpachtet.

So hat man z. B. in Rostock das ganze Gebiet vor der Kröpelinertorvorstadt, das ursprünglich zu Parkanlagen verwandt werden sollte, und den großen Exerzierplatz für die Dauer des Krieges in kleinen Parzellen gegen einen geringen Pachtzins abgegeben. Arme, Krieger- und minderbemittelte Familien wurden bei der Verpachtung bevorzugt. Hunderte von Familien wurden so instandgesetzt, sich wenigstens einen Teil ihres Bedarfs durch Selbstversorgung zu decken.

In Berlin (s. Zeitschrift f. Kommunalwissenschaft, 2. Jg., Heft 3) verschaffte sich eine gemeinnützige Genossenschaft im Frühjahr 1915 brachliegendes Baugelände von zusammen 4000 Morgen, um es landwirtschaftlich auszunutzen. Leider war der Boden meist geringwertig, so daß nur Kartoffeln gebaut werden konnten. Es war zuerst von der Genossenschaft beabsichtigt, das Gelände von vornherein in kleinen Parzellen zu verpachten. Da aber damit gerechnet werden mußte, daß es den einzelnen städtischen Parzellenpächtern an der nötigen praktischen Erfahrung fehlen würde und die ersten groben Bestellungsarbeiten, wie Düngen, Pflügen und Pflanzen, im großen betrieben, geringere Kosten verursachen würden, so ließ man das ganze Gelände vorläufig von erfahrenen Praktikern bewirtschaften. Erst nach dem Legen der Kartoffeln wurde das Terrain in Parzellen von rund 400 Quadratmetern zu dem Preise von 25 M. abgegeben. So wurden auf einem vorher völlig brachliegenden Boden ca. 240000 Ctr. Kartoffeln geerntet.

Außerdem sind die Kleingärten auf den ehemaligen Rieselfeldern während des Krieges außerordentlich vermehrt. Es sind jetzt 5000 Kleingartenstellen mit einer Gesamtfläche von 4000 ha. Die Gärten werden jetzt auch nicht mehr an Generalpächter vergeben, sondern werden direkt verpachtet. Dadurch hat sich der Pachtzins außerordentlich vermindert. Während die Generalpächter früher für dieselben Gärten 250 M. für den Morgen zahlen mußten, zahlen die Kolonisten jetzt nur 80—90 M. für den Morgen.

In Kiel wurden während des Krieges von der Stadt 204 Gärten mit einer Gesamtfläche von 9 ha neu ausgelegt und 19½ ha in 455 Stücken als Kartoffelland verpachtet; weiter wurden noch 24½ ha Baugelände an 572 Familien für den Anbau abgegeben.

Bedeutung der Kleingärten. Wie aus unserem Bericht hervorgeht, ist die äußere Entwicklung der städtischen Kleingärten glänzend verlaufen. Überall sind die Kleingärten verbreitet, die Nachfrage ist immer noch sehr groß. Die Behörden haben ihre Bedeutung erkannt und sie nach Möglichkeit gefördert.

Worin liegt nun diese Bedeutung des Kleingartens? Wenn wir uns das ganz klar machen wollen, müssen wir uns die Gärten selbst ansehen, müssen untersuchen, welchen Einfluß sie haben. Dann werden wir erkennen, daß die Bedeutung der Kleingartensiedlung eine dreifache ist. Sie liegt auf wirtschaftlichem, auf gesundheitlichem und ethischem Gebiet.

Wirtschaftliche Bedeutung. Die Kleingartensiedlung ist kein Sport, keine Liebhaberei, sie ist vor allem ein wirtschaftliches Unternehmen, bei dem Kosten und Erträge einander gegenüber zu stellen sind.

Daß es sich tatsächlich um ein lohnendes Unternehmen handelt, ersahen wir schon aus den steigenden Pachterträgen, welche die Stadtgemeinden erzielten. Sie sind jedenfalls bedeutend höher, als eine Verpachtung zur landwirtschaftlichen Nutzung an Ackerbürger ergeben würde. Eine andere gewinnbringende Verwendung des Geländes wäre meist kaum möglich.

Noch weit deutlicher aber ist die wirtschaftliche Bedeutung der Kleingartensiedlung für die Pächter. Wir haben gesehen, daß sich der Kleingarten vor allem in den unteren Bevölkerungsklassen großer Beliebtheit erfreut. Das setzt voraus, daß er handgreifliche materielle Vorteile mit sich bringt.

Das geht auch hervor aus den Ertragsberechnungen der Kleingärten. Diese sind naturgemäß nicht ohne weiteres zu erlangen. Meist führen die Kleingärtner überhaupt nicht Buch über ihre Gartenwirtschaft, weil sie es bei einem so kleinen Objekt nicht für nötig halten, oder sie scheuen sich, ihre Ertragsberechnungen zugänglich zu machen. Es ist aber gelungen, mehrere tüchtige zuverlässige Leute zu veranlassen, daß sie für einzelne Wirtschaftsjahre genau ihre Aufwendungen aufzeichneten und jedesmal, wenn sie sich Obst oder Gemüse aus ihrem Garten holten, die Menge und den Preis notierten. Als Preis ist der Verkaufspreis im Kleinhandel zugrunde gelegt worden[1]).

Ackerparzelle 1. Pächter: Arbeiter. 50 Quadratruten. Die durchschnittlichen Kosten, auf das Jahr berechnet, setzen sich

[1]) Man könnte glauben, es sei der Einkaufspreis einzusetzen; dies wäre aber verkehrt. Der Kaufmann, der sich seine Waren für den Haushalt aus dem eigenen Laden nimmt, berechnet sich den Einkaufspreis. Denn er kann jederzeit die Sachen in beliebiger Menge zum Einkaufspreis von seinem Lieferanten wieder bekommen. Anders ist es dagegen beim Gartenbesitzer. Denn wenn er sich Gartenfrüchte für seinen Haushalt kauft, muß er stets den Verkaufspreis bezahlen, da er sich ja nur sehr kleine Mengen kauft.

folgendermaßen zusammen: Pacht 40 M.; Dünger 30 M.; Aussaat: Kartoffeln 32 M., Gemüse 5 M. Summa 107 M. (für die Quadratrute 2,14 M.). Der Pächter selbst fügte noch als Kostenpunkt hinzu, wie übrigens fast alle Arbeiter, die ich ausfragte, den eigenen Arbeitslohn für seine Gartenarbeit. Die Arbeiter sind gewohnt, daß in ihrem Beruf ihnen ihre Arbeitskraft und Arbeitszeit beim Lohn in Rechnung gestellt wird. Dies übertragen sie nun auf ihre Gartenwirtschaft, also sozusagen auf ihr eigenes Unternehmen. Das ist aber falsch. Der Lohn besteht ja gerade in dem Reinertrag des kleinen Unternehmens, wie bei jedem anderen Unternehmer.

Der Rohertrag des Gartens beträgt durchschnittlich jährlich 450 M. (für die Quadratrute 9 M.).

Der Reinertrag ist also 343 M. (für die Quadratrute 6,86 M.). Diese Summe ist sicher nicht zu hoch gegriffen, die Leute geben auf Befragen ihre Einnahme eher zu niedrig als zu hoch an, in dem Argwohn, es könnte die Pacht erhöht werden.

Ackerparzelle 2. Pächter: Arbeiter. 25 Quadratruten.

Kosten: Pacht 15 M., Dünger 16 M., Aussaat: Kartoffeln 16 M., Gemüse 5 M. Summa: 53 M. (für die Quadratrute 2,08 M.).

Rohertrag: Durchschnittlich 200 M. (für die Quadratrute 8 M.).

Der Reinertrag beträgt also 148 M. (für die Quadratrute 5,92 M.). Er ist geringer als bei der Ackerparzelle 1, da hier mehr Kartoffeln und dafür weniger Gemüse als im ersten Fall gebaut wird.

Schrebergarten 1. Pächter: Briefträger. 10 Quadratruten.

Reinertrag.

	Kosten M.	Einnahme M.	Reinertrag M.
1913	43,60	62,25	18,65
1914	34,80	75,75	40,95
1915	50,65	114,15	63,50
1916	58,85	172,05	113,20

Kosten.

	Betriebskosten M.	Aussaat M.
1913	36,30	7,30
1914	29,20	5,60
1915	44,20	6,45
1916	50,40	8,45

Betriebskosten.

	Beitrag	Pacht	Wassergeld	Zinsen für das Abstandsgeld	Dung	Sonstige Unkosten
1913	3,00	12,00	4,00	12,50	3,25	1,55
1914	3,00	12,00	1,70	12,50	—	—
1915	3,00	12,00	8,90	12,50	5,00	2,80
1916	3,00	12,00	2,90	15,00	6,00	12,20

Aussaat.

	Obst	Gemüse	Kartoffeln
1913	1,50	2,80	3,00
1914	0,50	2,50	2,60
1915	—	3,45	3,00
1916	3,00	3,15	2,40

Einnahme.

	Obst	Gemüse	Kartoffeln
1913	43,85	13,00	5,40
1914	59,45	10,60	5,70
1915	84,40	16,65	13,10
1916	135,75	16,05	20,25

Einnahme aus Obst.

	Kirschen	Äpfel	Birnen	Stachelbeeren	Johannisbeeren	Erdbeeren	Rhabarber	Pfirsiche	Himbeeren
1913	—	20,50	4,00	5,75	—	11,00	1,60	1,00	—
1914	1,00	14,50	4,00	2,00	1,20	29,05	1,50	5,00	1,20
1915	1,00	6,50	2,15	7,25	5,00	36,25	3,45	21,60	1,20
1916	4,75	79,25	7,50	12,80	12,60	24,80	4,05	—	—

Einnahme aus Gemüse.

	Sauerampfer	Erbsen	Wurzeln	Kohl	Bohnen	Sellerie	Petersilie	Porree	Zwiebeln	Tomaten	Salat
19 3	0,35	1,10	2,60	1,25	3,35	1,60	0,35	0,35	0,85	0,60	0,60
19 4	0,80	1,50	2,25	0,40	3,25	2,00	0,20	0,20	—	—	—
19 5	0,25	2,45	2,70	2,70	6,95	0,10	0,10	0,10	0,20	—	1,10
19 6	—	2,00	5,00	2,80	1,50	1,50	0,50	—	2,25	—	0,50

Aus dieser Tabelle können wir folgendes ersehen: die Einnahme steigt von Jahr zu Jahr. Dies ist erstens aus den hohen Lebensmittelpreisen während des Krieges zu erklären, zweitens aber auch daraus, daß die Einnahme sich hauptsächlich aus dem Obstertrag ergibt, der von Jahr zu Jahr gewachsen ist. (1916: Einnahme für Obst 135,75 M., für Gemüse 16,05, für Kartoffeln 20,25 M.). Auch dieser Schrebergarten-Besitzer baut Kartoffeln, obgleich sein Garten sehr klein ist (10 Quadratruten). Das Bestreben vieler Siedler geht dahin, möglichst alle Arten ihres Bedarfs wenigstens teilweise durch Selbstproduktion zu decken. So bauen sie Kartoffeln, obwohl ihnen Gemüse und noch mehr der Obstbau einen größeren Reinertrag bringen würde. Anders der folgende Schrebergärtner.

Schrebergarten 2. Besitzer: Handwerker. Größe des Gartens 10 Quadratruten.

Kosten: 60,50 M. (für die Quadratrute 6,05 M.).

Rohertrag: Nach durchschnittlichen Friedenspreisen berechnet: 155 M. (für Quadratrute 15,50 M.). Nach durchschnittlichen Kriegspreisen berechnet 1916: 254,75 M. (für die Quadratrute 25,48 M.).

Reinertrag: Nach durchschnittlichen Friedenspreisen berechnet: 94,50 M. (für die Quadratrute 9,45 M.). Nach Kriegspreisen berechnet 1916: 194,25 M. (für die Quadratrute 19,43 M.).

Diese Zahlen erscheinen fast unglaublich und doch sind sie zutreffend. Sie rühren her von einem sehr glaubwürdigen und zugleich tüchtigen Manne. Sein hoher Reinertag ergibt sich daraus, daß er gar keine Kartoffel baut, aber um so mehr Obst (Äpfel, Birnen und Erdbeeren). Hier erkennt man, daß der Kartoffelbau nicht so lohnend ist wie der Gemüse- und besonders der Obstbau. Es kommt in der Gartenwirtschaft darauf an, das kleinste Stückchen Land so rentabel wie möglich auszunutzen. Man muß die Leute in den Gärten beobachten, mit welcher Sorgfalt und Liebe sie jeden Baum, jeden Strauch, ja jede Pflanze behandeln, wie sehr sie darauf bedacht sind, sich ein kleines Schmuckkästchen zu schaffen, das ihnen Freude und Ertrag bringt. Ob das eine oder das andere überwiegt, kommt in der Berechnung deutlich zum Ausdruck. Das wird das folgende Beispiel zeigen.

Schrebergarten 3. Besitzer: Höherer Beamter. Größe des Gartens 10 Quadratruten.

Kosten: 44 M. (für die Quadratrute 4,40 M.).

Rohertrag: 85 M. (für die Quadratrute 8,50 M.).

Reinertag: 41 M. (für die Quadratrute 4,10 M.).

Hier ist der Reinertrag bedeutend niedriger als in den beiden vorhergehenden Fällen, weil der Besitzer seinen kleinen Garten mehr zum Vergnügen bewirtschaftet. Natürlich hat er dann auch nur entsprechend weniger Ertrag.

Vergleichen wir die Ertragsberechnungen der Schrebergärten mit denen der Ackerparzellen, so zeigt sich der auffällig höhere Reinertrag der Schrebergärten. Der vereinsmäßige Zusammenschluß der Schrebergartenbesitzer bringt ihnen manchen Vorteil: Wasserleitung, gemeinsame Beschaffung von Dung, Aussaat u. a. m. Vor allem können die Schrebergartenbesitzer mehr Obstbau betreiben. Dies hat bei den Ackerparzellen seine Schwierigkeiten, da hier die Gefahr des Diebstahls sehr nahe liegt, wegen Mangels an Einfriedigungen. Die Schrebergärten dagegen sind durch einen hohen Zaun eingehegt und werden außerdem von einem Wächter bewacht.

Wir haben gesehen, daß die Bewirtschaftung des Kleingartens vor der Stadt für die Siedler große wirtschaftliche Vorteile mit sich bringt, zumal wenn man bedenkt, wie wenig Arbeitszeit verwendet wird, um einen so hohen Reinertrag zu erzielen. Die Gärten werden ja nur in den Feierabendstunden und am Sonntag bearbeitet, so daß tatsächlich bei Schrebergärten nur etwas über 10 Arbeitsstunden für die Quadratrute herauskommen.

Es ergibt sich für den Schrebergarten-Besitzer jetzt im Kriege ein Verdienst von ca. 2 M. für die Stunde. Natürlich ist dieser Verdienst für die Stunde nicht dem „Stundenlohn“ etwa eines industriellen Arbeiters zu vergleichen. Während im letzten Fall der Lohn absolut nach der Arbeitszeit berechnet wird — je länger er arbeitet, desto mehr verdient er —, kommt es bei der Gartenarbeit überhaupt weniger auf die Dauer als auf die Art der Arbeit an. Der Gartenbesitzer kann nicht seinen Verdienst durch längere Arbeitszeit beliebig erhöhen. Dies zeigt so recht ein Vergleich des Schrebergartenbesitzers Nr. 2 mit Nr. 3. Der höhere Beamte bringt sicher mehr Zeit zu in seinem Garten als der Handwerker, der von morgens früh bis abends spät an seinen Beruf gefesselt ist. In den wenigen freien Stunden aber, die ihm zur Verfügung stehen, da schafft er's; da gelingt es ihm durch intensivste Arbeit einen großen Reinertrag herauszuwirtschaften.

Noch größeren Vorteil bringt der Garten mit sich, wenn Kleintierzucht betrieben wird. Dies geschieht vielfach. So werden in den Gärten vor allem Hühner, Schweine, Ziegen und Kaninchen

gehalten. Dadurch versorgt sich der Siedler, außer mit den Gartenfrüchten, auch mit Eiern und Fleisch, so daß er wenigstens teilweise seinen Bedarf durch Selbstversorgung decken kann. Das Grünfutter liefert zum Teil auch der Garten; dazu kommt Abfall aus dem Haushalt. Kraftfutter vor allem für den Winter ist freilich nötig. Der Vorteil ist ein doppelter: der Ertrag aus der Zucht selbst und Dung für den Garten.

So sind die Kleingärtner in der Lage, mit verhältnismäßig geringer Aufwendung von Zeit, Arbeit und Kapital, andererseits aber mit hohem Verdienst einen Teil ihrer Nahrungsmittel selbst zu erzeugen; sie werden „Selbstversorger“. Eine teilweise Rückkehr zur alten Hauswirtschaft, zur Eigenproduktion. Viele Existenzen, die sonst ihre Arbeitskraft fremden Wirtschaften zukommen lassen müssen. werden hierdurch wieder, wenn auch in beschränktem Umfange, selbständige kleine Unternehmer in ihrer Gartenwirtschaft.

Bedeutung für die Gesundheit. Das städtische Leben hat es mit sich gebracht, daß die Menschen den größten Teil ihres Tages in geschlossenen Räumen zubringen. Ohne frische Luft muß der Fabrikarbeiter sein Tagewerk vollbringen, der Beamte über seine Akten gebeugt in den Büros, dazu kommt die Wohnung in der Mietskaserne! Viel Lebenskraft wird hier verbraucht, viel physische Volkskraft geht hier durch Mangel an Auffrischung verloren. Wo verbringt der kleine Mann in der Stadt seinen Feierabend, der ihm Ruhe und Erholung bringen soll? Er geht meist ins Wirtshaus, um dort im Alkohol neues Leben, „Erholung“ zu suchen. So entstehen die großen gesundheitlichen Schäden, die für unsere Volkskraft so verderblich sind.

Wie anders in der Familie, die einen Garten hat! Hat der Mann sein Tagewerk hinter sich, dann zieht er mit Weib und Kind hinaus in Gottes freie Natur. Körper und Geist leben wieder auf, die Muskeln stählen sich in der Gartenarbeit, die Lungen weiten sich in der frischen Luft, die Nerven können ausspannen, können sich für die berufliche Arbeit des nächsten Tages erholen. Dies trifft noch mehr zu für die Frauen. Viele Frauen der breiten Volksschichten in unseren Städten sind gezwungen, zum Verdienst des Mannes etwas hinzuzuverdienen. Entweder sie wandern in die Fabriken oder sie gehen waschen oder nähen. Namentlich durch die Fabrikarbeit wird die Gesundheit der Frauen langsam aber stetig zermürbt, ist doch die körperliche Konstitution der Frau bedeutend weniger widerstandsfähig als die des Mannes. Hat die

Familie dagegen einen Garten, dann braucht die Frau nicht mehr auf Arbeit zu gehen. Sie verdient durch Gartenbau bei hohen Lebensmittelpreisen mindestens ebensoviel. Sie kann dem Manne im Garten zur Hand gehen, die leichteren Arbeiten vornehmen und sich so ihre Gesundheit und damit auch die Erzielung eines gesunden Nachwuchses erhalten.

Ähnlich steht es mit den Kindern. Rachitis und andere typische Krankheiten unserer Großstadtkinder werden durch den Aufenthalt und die Arbeit im Garten am einfachsten und wirksamsten geheilt. Die Kinder werden mitgenommen in die Gärten, müssen dort kleine Arbeiten vornehmen, wie jäten, hacken u. dgl., und können dort unter der Aufsicht der Eltern spielen. In den Schrebergärten sind sogar oft große Spiel- und Sportplätze angelegt, wo die Kinder ihren kraftbedürftigen Körper stählen, sich nach der Schulzeit in Gottes freier Natur erholen können. Daß sie dies auch mit großer Freude tun, ersieht man aus den Zahlen über den Besuch in einigen Schrebergärten. So berichtet der Verein „Fortschritt Lindenau", daß sich in seinen Gärten im Sommerhalbjahr April bis September 1911 30988 Kinder den halben Tag aufhielten, 4465 Kinder wären noch nach Feierabend in den Gärten gewesen, 6580 Kinder hätten sich vorübergehend dort aufgehalten. Auch den Besuch der Erwachsenen hat dieser Verein statistisch erfaßt. Von den Erwachsenen hielten sich 14389 den halben Tag im Garten auf, 25869 waren noch nach Feierabend dort, nur vorübergehend 14518. Daß im ersten Fall die Zahl der Kinder die der Erwachsenen übersteigt, erklärt sich daraus, daß die Gärten an Familien abgegeben werden, die sich eines reichen Kindersegens erfreuen.

Sittliche Bedeutung. Sie zeigt sich zunächst darin, daß die Kleingärtner wieder mehr zur Natur zurückgebracht werden. Wenn der Städter in den Feierabendstunden mit Weib und Kind hinauszieht, an schönen Sommerabenden kleine Arbeiten in seinem Garten vornimmt, sieht, wie die Natur ihm hilft, wie seine Arbeit Erfolg hat, und alles zur Blüte und Reife kommt, da wird ihm wieder mehr Lebensfreude zuteil, Empfänglichkeit für solche kleinen und doch so wertvollen Genüsse. Man sehe sich die Leute in ihren Gärten an, bei der Arbeit oder in den Mußestunden, man findet bei ihnen Ruhe und Zufriedenheit.

Der Kleingarten kann auch den Städtern wieder mehr Bodenständigkeit geben. Wenn sie einen eigenen Garten, ein kleines Reich für sich haben, in dem sie mit ihrer Familie nach freiem

Belieben zum eigenen Wohl schaffen und leben können, so kann das dem übermäßigen Wandertrieb sehr wohl entgegenwirken. Der Garten ist ein Stück Heimat, er hält sie, da sie gern sehen möchten, ob auch dieses Jahr die Blumen wieder so schön blühen werden, der Apfelbaum wieder so viel Früchte tragen wird. Ich fragte eine Frau, deren Mann einen Garten außerhalb der Stadt gepachtet hatte, während ihre Wohnung und die Arbeitsstätte des Mannes auf der anderen Seite der Stadt lag (Wegdauer von der Wohnung bis zum Garten mindestens eine Stunde), weshalb sie denn trotz der großen Schwierigkeiten sich dennoch einen Garten gepachtet hätten. Die Frau antwortete mir: „Wir sind es einmal gewöhnt, einen Garten zu haben, wir können es uns gar nicht mehr anders denken." Diese Antwort ist sehr bezeichnend. Die Leute verwachsen eben vollkommen mit ihrem Garten.

Groß ist auch die Bedeutung des Kleingartens für das Familienleben. Während für gewöhnlich die städtische Familie weit zersplittert ist, jeder Angehörige an einer anderen Stelle arbeitet, die Kinder sich selbst oder, was fast noch schlimmer ist, fremden Leuten überlassen sind, liegen die Verhältnisse bedeutend besser, wenn die Familie einen Garten hat. Vater und Mutter machen die schwereren Arbeiten, die Kinder müssen sich durch kleinere Verrichtungen beteiligen oder sie spielen unter der Aufsicht der Eltern. Da ist das Familienleben natürlich ein ganz anderes. Die Familie hat eine liebe Zufluchtsstätte, einen eigenen bescheidenen Platz, wo alle gemeinsam schaffen können.

Nur wenige Andeutungen sind das, aus denen man aber schon ersehen kann, wie bedeutsam die städtische Kleingartensiedlung für unsere Volkskraft werden kann. Dadurch, daß sie die Kleingärtner in gewissem Sinn zur alten Hauswirtschaft, zur Selbstversorgung zurückführt, erleichtert sie ihnen ihren Lebensunterhalt. Sie fördert die produktiven Kräfte des Volkes durch ihren gesundheitlichen Einfluß, bringt einen ländlichen Einschlag in das städtische Leben dadurch, daß sie die Menschen wieder mehr mit der Mutter Erde, mit der Natur in Berührung bringt. So ist der Kleingarten in der Lage, ein wirksames Gegenmittel gegen die einseitige Entwicklung unseres städtischen Wirtschaftslebens zu bilden. Der Städter wird wenigstens in den Feierabendstunden dem einseitig städtischen Leben entrückt.

Einzelfragen. 1. Pachtsystem. In welcher Form soll das Gartenland verpachtet werden? Aus der bisherigen Entwicklung

der Kleingartensiedlung in verschiedenen Städten lernten wir drei verschiedene Systeme der Verpachtung kennen, das Generalpachtsystem, die Verpachtung an Vereine und die direkte Verpachtung an die Kleingärtner.

Wenn sich im Wirtschaftsleben zwischen Produzent und Konsument, zwischen Käufer und Verkäufer ein Zwischenglied, der Händler, Agent usw. einfügt, so hängt dessen Daseinsberechtigung davon ab, ob dieses Organ gewisse Funktionen übernimmt und erfüllt. Dies ist oft der Fall. Der Generalpächter dagegen hat keine solche Funktion. Er verpachtet nur sein Gelände in kleineren Parzellen weiter und treibt, da er natürlich hierbei verdienen will, den Pachtzins in die Höhe. Übernimmt er aber die gleichen Funktionen wie ein Verein, so will er dabei ebenfalls verdienen, womöglich noch durch Getränke-Ausschank, was dem Zweck der Kleinsiedlung schnurstracks zuwiderläuft. Bei der Verpachtung durch Vereine von Kleingärtnern werden diese ebenfalls gezwungen, höhere Pacht zu zahlen als bei der direkten Verpachtung, sie erhalten dafür aber gewisse Einrichtungen in ihren Gärten, wie Einfriedigung, Lauben, Wasserleitung usw., die sich auch wieder bezahlt machen, da sie so Obst anpflanzen und mit Hilfe der Wasserleitung besser wirtschaften können. Die Vereine übernehmen also von der Stadtverwaltung die weitere Einzelorganisation der Kleingartensiedlung.

Am billigsten fährt der einzelne Siedler bei der direkten Verpachtung. Der Pachtzins ist billig. Viel Kapital ist bei direkter Pachtung unnötig. Hat er später etwas aus seinem Garten herausgewirtschaftet, dann legt er sich selbst, wenn er es für lohnend hält, Einfriedigungen, Laube, Stall usw. an.

Die Mitglieder eines Vereins dagegen müssen von vornherein eine mehr oder minder hohe Summe in ihren Garten hineinstecken, die man sehr bezeichnend „Abtretungssumme“ nennt. Der frühere Besitzer nimmt dafür, daß er seinen Garten abtritt, einen ziemlich hohen Aufschlag bei der Berechnung seiner Laube, seines Inventars, das auf den Erwerber übergeht. Er kann dies, da er gewissermaßen ein Monopol hat, besonders wenn nur ein Schreberverein am Platze, die Nachfrage nach Gärten aber sehr groß ist. Die Zinsen für diese Summe belasten natürlich den Ertrag, da es sich um verhältnismäßig hohe Beträge handeln kann. So sind Abtretungssummen von 400—500 M. schon gar nicht mehr selten.

Es sind also diese beiden Arten der Verpachtung vorteilhaft, jede in seiner Art: die Verpachtung an einen Verein, weil hierdurch die Möglichkeit eines größeren Reinertrags gegeben wird, wie wir bei den Ertragsberechnungen gesehen haben, die direkte Verpachtung, weil sie besser geeignet ist für wenig kapitalkräftige Siedler.

2. P a c h t d a u e r. Die Gärten werden durchschnittlich für die Dauer von 6 Jahren von den Stadtverwaltungen verpachtet. Diese Pachtzeit ist im allgemein volkswirtschaftlichen und im Interesse der Pächter zu kurz. Denn erstens wird naturgemäß im 6. Jahre mit dem Garten Raubbau getrieben, weil der Pächter ja nicht weiß, ob er noch im nächsten Jahr den Nutzen von seinem Garten hat und zweitens — eine Folge-Erscheinung — ist der Ertrag im ersten Jahr der neuen Pachtzeit minderwertig. Es wäre demnach eine längere Pachtdauer, mindestens von 10 Jahren, angemessen. Dann würde ein Raubbau doch nur alle 10 Jahre eintreten, und die Kleingärtner hätten eine gewisse Garantie, daß sich auch größere Aufwendungen rentierten.

3. G r ö ß e d e r G ä r t e n. Die Größe der Gärten ist, wie wir oben gesehen haben, sehr verschieden. Sie hängt einmal von der Bodenbeschaffenheit ab. Ist der Boden schon guter Gartenboden, so daß er hochintensive Gartenkultur verträgt, so ist die Fläche klein; ist der Boden dagegen noch roh, so daß er eine mehr feldmäßige Bebauung erfordert, so können und müssen die Parzellen größer sein. Doch darf der Garten nicht zu klein sein, damit sich überhaupt etwas herauswirtschaften läßt; er darf aber auch nicht zu groß sein; denn dann nehmen sich die Siedler fremde Arbeitskräfte und werden zu Gemüsehändlern, womit der eigentliche Zweck der Kleingartensiedlung verfehlt wird. Außerdem sollen ja auch möglichst viele Familien mit Gartenland bedacht werden. Eine Durchschnittsgröße der Gärten von etwa 25 Quadratruten (500 bis 600 qm) ist angemessen. Eine solche Fläche kann von der Familie allein noch in den Feierabendstunden bewirtschaftet werden, und sie genügt andererseits, um den Bedarf einer Familie an Gemüse und Obst zu decken.

4. P a c h t z i n s. Für die Höhe des Pachtzinses sind die verschiedensten Gesichtspunkte maßgebend. Sie hängt einmal von der Bodenbeschaffenheit ab, sodann aber auch von der Lage des Gartens. Ist der Garten von der Wohnung weit entfernt, dann geht viel Zeit für den Weg dorthin verloren, er kann also nicht hochintensiv bewirtschaftet werden. Außerdem fallen auch noch die etwaigen Ausgaben für Straßenbahn und andere Verkehrsmittel ins Gewicht. Weiter ist aber bei der Festsetzung des Pachtzinses darauf Rück-

sicht zu nehmen, daß der Kleingarten vor allem für die minderbemittelten Klassen der städtischen Bevölkerung von Bedeutung ist. Die oberen Klassen können sich dem nachteilig städtischen Einfluß leichter entziehen, können draußen wohnen, eine Badereise machen usw. Dies ist dem kleinen Mann unmöglich. Für ihn gibt es meist nur ein Mittel, die städtische Kleinsiedlung. Diese letzte Möglichkeit darf man ihm nicht verschließen, indem man von ihm einen hohen Pachtzins fordert und so den Reinertrag des Gartens in Frage stellt. Andererseits darf aber der Pachtzins auch nicht zu niedrig bemessen werden, um nicht einer nachlässigen Bewirtschaftung des Gartens oder der Unterverpachtung Vorschub zu leisten.

5. Entziehung der Pachtgärten. Fast in allen städtischen Pachtverträgen findet sich die Klausel: das Gelände darf dem Pächter sofort entzogen werden, wenn es im öffentlichen Interesse gebraucht wird. Soll über das Gelände, das als Gartenland verpachtet wird, eine Straße gelegt werden, so verliert der Kleingärtner ohne weiteres seinen Garten. Dies kann natürlich für ihn von großem Schaden sein, besonders kurz vor der Ernte. Aller Aufwand, alle Arbeit ist dann umsonst, zumal wenn, wie es in einigen Städten geschieht, kein Schadensersatz bezahlt wird. Viele Städte zahlen allerdings eine Entschädigung; so erläßt Kiel den Pachtzins und zahlt außerdem bis zu 10 Pf. pro Quadratmeter. Man sollte sich doch eines so harten Eingriffes enthalten, jedenfalls aber das Gelände erst nach der Ernte einziehen.

6. Berufe der Pächter. Früher bestanden die Pächter von städtischen Ländereien zum weitaus größten Teil aus Ackerbürgern, d. h. aus städtischen Landwirten. Im Laufe der Zeit sind sie aber immer mehr von rein städtischen Existenzen verdrängt, die das Gelände gartenmäßig, also hochintensiv bewirtschaften und natürlich einen höheren Pachtzins bezahlen können. So sind die Ackerbürger auf den Aussterbe-Etat gesetzt, sie haben sich fast nur noch in Kleinstädten halten können. Jetzt bestehen die Kleingärtner vor allem aus Arbeitern, Unterbeamten und kleinen Gewerbetreibenden. Doch sind zumal in der Kriegszeit auch andere Berufe unter den Pachtliebhabern zu finden, besonders wenn sie bei ihrer Wohnung keinen Garten haben. Auch in den Schrebervereinen sind die verschiedensten Berufe vertreten, man geht von Nachbar zu Nachbar, tauscht seine Erfahrungen aus, erzählt sich gegenseitig von den Freuden des Gartens. Dort merkt man nichts von Klassengegensätzen, dort sind alle vereint durch ein Band der Interessengemeinschaft.

7. Entfernung des Gartens von der Wohnung. Wir kommen jetzt zu einem weiteren Problem der Kleingartensiedlung, zur Lage der Gärten. Wie wir schon gesehen haben, ist sie von großer Bedeutung für die Art der Bewirtschaftung und für den Pachtzins. Ist der Garten weit von der Wohnung entfernt — und dies ist meistens der Fall, da das Gelände fast überall am Rande der Stadt liegt — dann kann das schlimme Folgen haben. Es geht viel Zeit auf dem Wege von der Wohnung oder der Arbeitsstätte zum Garten verloren, manche Ausgaben für Straßenbahnen usw. werden nötig. Es ist deshalb darauf zu achten, daß das Gelände möglichst in der Nähe der Arbeiterwohnviertel für Siedlungszwecke verpachtet wird und zwar auf allen Seiten der Stadt. In Rostock liegen die Verhältnisse in diesem Punkt ziemlich günstig. Die Kleingärten liegen zum größten Teil vor der Kröpelinertorvorstadt, in der hauptsächlich die Arbeiter wohnen. Es ergeben sich aber auch schon große Schwierigkeiten für die Arbeiter, die in der Altstadt wohnen; denn das Gelände vor dem Petritor kommt für sie nicht in Betracht, da es für die nur noch wenig bestehenden Ackerbürger reserviert wird. Um solchen Schäden vorzubeugen, ist im Bebauungsplan mehr als bisher auf Kleingärten Rücksicht zu nehmen.

8. Kleingarten und Bebauungsplan. In allen Bebauungsplänen sind als Frei- und Grünflächen Parkanlagen, Spiel- und Sportplätze vorgesehen, aber selten Kleingärten. Wenn auch Parkanlagen notwendig sind als Erholungsstätten der ganzen städtischen Bevölkerung, während die Kleingärten doch nur für die bestimmte Zahl von Siedlern in Betracht kommen, so müssen doch die Bebauungspläne Kleingärten wegen ihrer großen Bedeutung enthalten, müssen sie an der richtigen Stelle, also in der Nähe der Arbeiterwohnstätte festlegen, ihnen eine längere Dauer sichern, um die Pächter vor der schädlichen Entziehung des Geländes nach Möglichkeit zu bewahren. Schließlich fällt doch auch zugunsten der Kleingärten ins Gewicht, daß sie der Stadtverwaltung beträchtliche Einnahmen verschaffen durch den Pachtzins, während die Parkanlagen ihr nur Kosten verursachen.

Schlußfolgerungen. Nach allem kann der Kleingarten schon dazu führen, die Lebensweise unserer städtischen Bevölkerung von den nachteiligen Folgen des städtischen Wirtschaftslebens zu befreien. Der Kleingarten schafft für die Volkskraft ganz bedeutende gesundheitliche und ethische Werte. Das ist auch schon längst anerkannt.

Dagegen ist die wirtschaftliche Bedeutung des Kleingartens bisher weniger gewürdigt worden. Hier hat erst der Krieg uns die Augen geöffnet. Durch den Kleingarten wird die Eigenproduktion wieder bedeutend mehr gehoben, die Kleingärtner können sich einen Teil ihrer Nahrungsmittel (Kartoffel, Gemüse, Obst, bei Kleintierzucht auch Fleisch) selbst produzieren, die sie sonst überhaupt nicht bekommen würden. Hierdurch können die Kleingärtner bei den hohen Lebensmittelpreisen der Gegenwart und Zukunft sich auch einen ansehnlichen Verdienst schaffen. Diesem Umstand ist ganz besondere Bedeutung zuzumessen. Was nützen alle gesundheitlichen Vorteile, wenn der Kleingarten nicht auch eine wirtschaftliche Berechtigung hätte? Dann wäre es ganz unmöglich, dem kleinen Mann, der ja ganz besonders unter der städtischen Lebensweise leidet, die städtische Kleinsiedlung zugute kommen zu lassen. Denn er sieht stets zuerst auf den wirtschaftlichen Nutzen und muß darauf sehen, da schon ein geringer Verdienst oder Verlust für ihn sehr wichtig ist. Will man daher seine Lebensweise durch den Kleingarten bessern, dann muß man vor allen Dingen ihm das Wirtschaften erleichtern.

Erst durch die wirtschaftliche Bedeutung des Kleingartens können seine sittlichen und gesundheitlichen Wirkungen sich durchsetzen. Dies zeigt sich ganz besonders bei den Frauen und Kindern. Eine Frau, die ihre überschüssige Arbeitskraft im Kleingarten verwertet, kann dadurch, wenn sie fleißig ist und sich von ihren Kindern helfen läßt, soviel verdienen, daß sie nicht außer dem Hause zu arbeiten braucht. Dann braucht sie sich nicht von ihren Kindern während der Arbeit zu trennen, kann sich alles viel besser nach eigenem Ermessen einrichten, kann das Essen auch zur rechten Zeit auf den Tisch bringen usw., während bei der Fabrikarbeit der Frau Haushalt und Kindererziehung schweren Schaden leiden. Wenn unsere Frauen sich nur richtig berechneten, was sie im Kleingarten verdienen können, so würden sie noch weit mehr als bisher Pachtland zu bekommen suchen. Und das Gleiche gilt auch vom Mann, der Abends und Sonntags seine Zeit nicht besser anwenden kann als im Kleingarten, jedenfalls weit besser als im Wirtshaus.

Was das alles volkswirtschaftlich bedeutet, kann man sehr wohl berechnen. Wenn man z. B. jetzt während des Krieges jeder ärmeren Familie unserer städtischen Bevölkerung einen kleinen Garten gegen mäßigen Pachtzins zur Verfügung stellen würde, wieviel besser würde sich dann die Ernährung in der Stadt gestalten! Welche Summen würden andererseits gespart werden, wenn der Mann seine Freistunden nicht mehr im Wirtshaus, sondern in seinem Garten zubringen würde. Darüber hinaus würde sich noch ein bedeutender volkswirtschaftlicher Gewinn ergeben durch den Reinertrag, der jeder Familie und so der ganzen Volkswirtschaft zufließen würde. Um welche Summen es sich hierbei handelt, mag folgende Erwägung zeigen: im Deutschen Reiche gab es 1910 rund 4 Millionen Familien in Städten mit über 20 000 Einwohnern. Wenn nur jede zehnte Familie einen Garten von 500 Quadratmetern hat, der durchschnittlich für den Quadratmeter 30 Pf. Reinertrag bringt (das sind Annahmen, die hinter der Wirklichkeit zurückbleiben werden), so bedeutet das einen jährlichen Gesamt-Reinertrag von 60 Millionen Mark.

Die Ergebnisse dieser Betrachtungsweise müssen nicht nur auf die Entwicklung unseres Kleingartens wirken, sondern müssen auch für die weitergehenden Ziele der städtischen Kleinsiedlung eine neue Grundlage schaffen. Vorzugsweise ist dabei zu denken an die G a r t e n s t a d t b e w e g u n g. Diese hat sich bisher noch allzu ausschließlich auf sittliche und gesundheitliche Ziele beschränkt, hat die wirtschaftlichen Bedingungen ihrer Verwirklichung nicht genügend berücksichtigt. Hier können unsere Ergebnisse weiter helfen.

Dabei handelt es sich einmal darum, deutlich zu sondern die Wirkungen der kleinsiedlerischen Wohnweise und des Gartens. Dieser schafft wirtschaftliche Vorteile, während jene Mehrkosten verursacht. Inwieweit das Eine oder das Andere das Übergewicht hat, ist bisher überhaupt noch nicht untersucht worden, ebensowenig, ob vielleicht durch räumliche Trennung des Gartens vom Hause eine wesentliche Ersparnis zu erzielen ist. Die Wohnanlage würde ja bedeutend an Raum sparen, würde allerdings vielleicht nicht so schön sein und auch nicht den gleichen Nutzen für die Gesundheit haben, wie die Gartenstadtsiedlungen. Aber es ist denkbar, daß durch geeignete Anlagen, etwa durch wenig Raum erfordernde Grünflächen usw., dasselbe erreicht werden kann, ohne die Straßenanlagen selbst wesentlich vergrößern zu müssen. Auch andere Wege sind möglich. Doch dies müssen wir den Städtebauern überlassen. Unsere Aufgabe ist es nur, die Aufmerksamkeit auf solche Möglichkeiten zu lenken, um die wirtschaftliche Grundlage der Gartenstadtbewegung sicherer zu gestalten. Lage und Ertrag des Gartens müssen als s e l b s t ä n d i g e, g r u n d l e g e n d e F a k-

toren in der Gartenstadtbewegung größere Bedeutung erlangen, als es bisher der Fall war.

Die bisherigen volkswirtschaftlichen Untersuchungen über unser Problem enthalten hauptsächlich allgemeine, meist ethische und hygienische Gesichtspunkte. Eine genaue und bestimmte Erfassung der grundlegenden wirtschaftlichen Tatsachen lassen sie vermissen. Wir erhalten aus ihnen eine Vorstellung vom Gesamtbild, erfahren aber nicht, wie sich eins ans andere anreiht. Um dies zu untersuchen, mußten wir uns eingehend mit allen Einzelheiten des Kleingartens befassen, mußten sozusagen den Kleingärtner selbst unter die Lupe nehmen, ihn und seine Familie bei der Arbeit und in den Feierstunden im Garten aufsuchen, um zu sehen, wie die Familie, die einen Garten hat, im Gegensatz zu derjenigen, der kein Garten zur Verfügung steht, ihre Lebensweise einrichtet. So genau wie möglich mußten wir die Daseinsbedingungen, die Aufgaben und Wirkungen des Kleingartens zu erfassen suchen. Sollte es nicht möglich sein, wie die sachlichen so auch die wissenschaftlichen Ergebnisse dieser Arbeit auf die „Gartenstadtfrage“ auszudehnen? Handelt es sich doch bei der Gartenstadtsiedlung um dasselbe Problem wie beim Kleingarten.

Lebenslauf.

Ich, Willy Heinrich Louis Voß, bin am 1. Juli 1896 zu Rostock als Sohn des Militärkantinenpächters Wilhelm Voß geboren. Von Ostern 1903 bis August 1914 besuchte ich die dortige „Große Stadtschule (Gymnasium)“ und trat nach Absolvierung der Reifeprüfung bei Ausbruch des Weltkrieges als Kriegsfreiwilliger in das Heer ein. Da ich bald infolge einer Verwundung aus dem Heeresdienst entlassen wurde, war es mir möglich, zu Ostern 1915 mein Studium (Nationalökonomie und Rechtswissenschaft) zu beginnen. Im Wintersemester 1915/16 studierte ich an der Universität Berlin, in den übrigen Semestern bis zum Sommer 1918 an der Mecklenburgischen Landesuniversität Rostock.

Auch an dieser Stelle sei es mir vergönnt, meinem verehrten Lehrer Herrn Geh.-Rat Prof. Dr. Ehrenberg-Rostock, dessen Seminar ich mehrere Semester hindurch angehörte, für das mir stets bewiesene Wohlwollen meinen Dank zu sagen.

G. Pätz'sche Buchdr. Lippert & Co G. m. b. H., Naumburg a. d. S.

END OF
TITLE